

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.55 Uhr
Ende: 13.58 Uhr

1) Gesicherter Fußballplatz im Umfeld des geplanten Jugendzentrums in der Dreierschützengasse

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der Vorstellung des Planes für die Neugestaltung des Spielplatzes in der Siedlung Laudongasse-Starhembergasse konnten die Bedürfnisse der Jugendlichen nach einer gesicherten Fläche zum Fußballspielen nicht Berücksichtigung finden, da im unmittelbaren Siedlungsbereich vor allem auf die Interessen kleinerer Kinder Bedacht genommen werden muss.

Es gibt aber in diesem Wohngebiet mittlerweile eine große Gruppe fußballspielender Jugendlicher, die für diesem Zweck eine gesicherte Fläche brauchen, die zum Fußballspielen geeignet und ausgewiesen sein muss.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderates an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Ist im Zuge der Neuerrichtung des Jugendzentrums in der Dreierschützengasse eine entsprechende gesicherte Fläche zum Fußballspielen vorgesehen (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Zunächst darf ich mitteilen, dass der baurechtliche Bescheid im Zusammenhang mit dem Jugendzentrum gestern ergangen ist, dass der Mietvertrag so weit ausverhandelt ist, dass er in Kürze im Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann und dass wir zumindest jetzt einmal im Hinblick auf das Jugendzentrum auf einem sehr guten Weg sind. Auf dem Gelände des Jugendzentrums selbst ist keine Fläche vorhanden, die für Ballspiele nutzbar wäre. Allerdings denken wir daran, beispielsweise den Spielplatz bei der Konsumwiese temporär zu nutzen, das wird allerdings eben nur zeitlich befristet möglich sein, weil hier Wohnbauten entstehen werden, die zwar über großzügige Grünflächen verfügen werden, aber vermutlich überwiegend den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern dienen können. Generell wird ja auch bei der Entwicklung der Smart City darauf zu achten sein, dass auch Sportflächen und Freizeitflächen entsprechend berücksichtigt werden. Hier ist ja auch in den Bewerbungsunterlagen um Förderungen aus dem Klima- und Energiefonds folgende Zielsetzung auch festgeschrieben: Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Frei- und Grünräume für alle Altersklassen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Jugendlichen und nicht zuletzt gibt es die Überlegung einer Zwischennutzung einer bestehenden Grünfläche neben der List-Halle, auch dieses Thema werden wir weiterverfolgen. Also zusammenfassend, direkt beim Jugendzentrum gibt es keine Möglichkeit, aber in guter Nähe einige Möglichkeiten, die wir weiterverfolgen werden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Danke, nur ein Dankeschön und in der Hoffnung, dass es dann aus einer temporären auch wirklich einmal eine gesicherte Fläche geben wird für die Jugendlichen dort. Danke (*Applaus KPÖ*).

2) Sicherheit der Grazer Bürger

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Die Kameraden der Grazer Berufsfeuerwehr leisten einen sehr wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Grazer Bürgerinnen und Bürger. Dafür sei Ihnen von dieser Stelle wieder besonders gedankt. Bei den Männern, es gibt ja leider noch keine Frauen, der Berufsfeuerwehr Graz wissen wir die Sicherheit in guten Händen. Die Aufgabe der Kommunalpolitik besteht darin, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

So beträgt die Soll-Stärke pro Einsatzschicht der Berufsfeuerwehr 58 Mann.

Am 9.3.2012 waren aber nur 49 Männer einsatzbereit. Zudem wurde in Plabutschunnel auch eine Einsatzübung abgehalten.

Zwischen der Soll-Stärke und der Ist-Stärke ergibt sich eine beachtliche Differenz von 16 %.

Dies lässt nur zwei Schlüsse zu:

1. Durch die beachtliche Differenz zwischen Sollstärke und Ist-Stärke war eine optimale Sicherheit der Grazer Bevölkerung nicht gewährleistet oder
2. die Sollstärke ist zu hoch angesetzt.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich deshalb an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Was war der Grund, dass die notwendige Sollstärke nicht erreicht wurde und welche Maßnahmen werden Sie in Zukunft ergreifen, um derartige Sicherheitsdefizite zu beseitigen (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Vielen Dank für Ihre Frage Vorweg, ja es wäre wirklich wünschenswert, wenn mehr Frauen auch dazukämen und ich freue mich schon auf die nächsten Bewerbungsausschreibungen. Wir sind zuversichtlich beziehungsweise es liegt natürlich an den Menschen individuell, ob sie sich bewerben und dann auch aufgrund der harten Kriterien, körperlich harten Kriterien, aufgenommen werden, auch können. 205 Mann waren es oder sind es zurzeit, die die Berufsfeuerwehr auch im Dienst hat. Ein Soll ist 207, jedoch die sehr, sehr gute Nachricht ist, dass wir ab 1. Mai wiederum sechs Neuaufnahmen haben. Die Differenz von 205 zu 207 sind einfach Frühpensionierungen, wo die Herren nicht mehr in die Arbeit kommen und eine Frühpension beantragt haben. Aber, wenn wir von dieser Soll-Stärke reden, ist überhaupt, auch Expertensicht, überhaupt absolut klein Handlungsbedarf gegeben. Im Jahr 2011, aufgrund auch der statistischen Auswertungen haben wir es auch geschafft, 58,4 Mann im Schnitt, also nicht nur 58, sondern 58,4 Mann im Dienst zu haben und daraus ergibt sich auch die wirklich, die Flexibilität, die immer wieder gegeben sein muss. Das heißt, nach Erachten des Branddirektors, und dieser ist für mich natürlich der zentrale Referent, ist dies ein sehr flexibles und auch kostengünstiges System, das sich in der Vergangenheit bewährt hat. Zum konkreten Tag aber, den Sie ansprechen, und zwar 9. März 2012, die A-Gruppe hatte Dienst, von diesen 103 Mann waren bereits 15 krank gemeldet, diese Krankenstände können wir in der Berufsfeuerwehr bei der Dienstplanung durchaus immer wieder abfangen. Was man jedoch nicht vorhersehen konnte, das ist, wenn auch Menschen wieder krank werden, dass die Grippewelle eingeschlagen hat sozusagen und sieben weitere Kollegen sich krank gemeldet haben, daher waren so viel weniger Mann an diesem Tag auch im Einsatz. Jedoch an solchen seltenen

Tagen, und das kommt zwei- bis dreimal im Jahr vor und wirklich solchen Krankheitsfällen, die akut eintreten aufgrund von Grippewellen, so flexibel sind wir dann auch beziehungsweise Herr Branddirektor, dass er das mit der Mannschaft, die dann vor Ort war, absolut und in jeglicher Hinsicht die Sicherheit für die Grazerinnen und Grazer abdecken konnte. Bezüglich der Feuerwehr, des Tunnelleinsatzes, das weiß ich leider nicht, woher Sie diese Information haben, denn es ist nicht korrekt laut Information der Feuerwehr, es wurde an diesem Tag keine Tunnelübung durchgeführt, denn mit einer Mann-Stärke, die ja schon reduziert war, selbstverständlich die Sicherheit gegeben, wurde eine Tunnelübung nicht mehr durchgeführt. Ich möchte noch einmal festhalten, dass die Sicherheit der Stadt Graz auch am 9.3. voll gegeben war, da wir in Erfüllung der geforderten Hilfsfristen im Einsatzfall lediglich die erste Welle zeitkritisch alarmieren müssen. Die Maßnahmen zur Realisierung der zweiten Welle werden bei uns immer wieder situationsbedingt getroffen (*Applaus ÖVP*).

3) Entgang an Einnahmen durch Brandsicherheitswachen der FF Graz

GR. **Schröck** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, verehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie! Herr Stadtrat Rüsch, wie hoch ist der Entgang an Einnahmen aus der Dienstleistungserbringung für Brandsicherheitswachen seit der Übernahme dieser Dienste durch die Freiwillige Feuerwehr Graz?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich möchte gerne meine Antwort in drei Schritte kurz gliedern. Die erste Antwort bezieht sich auf Angaben der Feuerwehr aus

dem Jahr 2008 und 2009 über Einnahmen, ausbezahlte Überstunden und Abschreibungen. Nach einer Prüfung durch die Finanzdirektion geht aus dieser Übersicht ganz klar hervor, dass die Einnahmen, die hier angegeben sind mit durchschnittlich knapp 70.000 Euro pro Jahr, Soll-Einnahmen sind, das sind Einnahmen, die in der Feuerwehr verbucht worden sind als Soll-Einnahmen, weil eben dementsprechende Veranstaltungen stattgefunden haben, die aber nach der Information der Finanzdirektion so nie geflossen sind. Der Hinweis darauf sind die hohen Abschreibungen, weil eben von den Soll-Einnahmen jedes Jahr immer wieder Abschreibungen getätigt werden müssen, das heißt, ich gehe einmal davon aus, dass die Feuerwehr ihre ausbezahlten Überstunden durch die tatsächlich geflossenen Einnahmen nicht decken konnte. Das ist einmal die eine Geschichte. Zum Zweiten möchte ich sagen, dass wir ja, wenn wir die Stadt als Ganzes sehen ja diese Einnahmen oder die Ausgaben, die den Veranstaltern entstanden sind, immer wieder refundiert haben. Nehmen wir zum Beispiel, nur als ein Beispiel von vielen, den Faschingsumzug der Kleinen Zeitung. Selbstverständlich hat die Kleine Zeitung oder die Verantwortlichen der Kleinen Zeitung die Ausgaben, die für den Brandsicherheitswachdienst geleistet werden mussten, ersetzt bekommen von der Stadt im Wege von Subventionen. Die dritte Antwort, und das ist aus meiner Sicht eigentlich die wichtigste Antwort in dem ganzen Zusammenhang: Der wahre Grund für die Übertragung des Brandsicherheitswachdienstes von der Berufsfeuerwehr an die Freiwillige Feuerwehr war ja ein ganz klarer, nämlich die Berufsfeuerwehr hatte ungefähr 50 Euro pro Stunde verlangt und wir hatten immer wieder große Probleme mit Veranstaltern, etwa mit Zirkus usw., die gesagt haben, das wird nicht bezahlt oder sie können das nicht bezahlen und es war auch immer wieder der Hinweis, wenn diese Kosten fällig werden, dass dann die Veranstaltungen im Umland stattfinden, zum Beispiel am Schwarzl-See und zwar deshalb, weil rund um Graz herum ist ausschließlich Freiwillige Feuerwehr, die dafür 20 Euro verrechnen. Aus diesem Grunde ist die Übertragung an die Freiwillige Feuerwehr erfolgt, weil damit ebenfalls

sozusagen Konkurrenzgleichheit hergestellt wird mit dem Umland und die Stadt Graz damit an Standorte für diese Veranstaltung wieder attraktiver geworden sind, das war der tatsächliche Grund für die Übertragung an die Freiwillige Feuerwehr.

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Du weißt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Graz als Veranstaltungsstandort sicher nicht Sinn der Gründung der Freiwilligen Feuerwehr gewesen ist und auch sein kann. Es wurde unter ganz anderen Prämissen beschlossen im Gemeinderat und du weißt auch, dass die Brandsicherheitswachen nicht nur defizitäre Zirkusse umfassen oder die Kleine Zeitung, sondern auch ungefähr 60 Bälle im Jahr, Konzertveranstaltungen, Stadtfeste, Innenstadtveranstaltungen in vieler Zahl. Aber meine Zusatzfrage ist folgende, die stelle nicht nur ich mir, sondern auch der Rest der Stadt. Wofür verwendet die Freiwillige Feuerwehr den jährlichen Zuschuss von rund 70.000 Euro tatsächlich, wenn man bedenkt, dass die Infrastruktur, wie Kleidung, zum Beispiel schon vorhanden ist?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zur ersten Frage, ich habe nie behauptet, dass die Freiwillige Feuerwehr aus diesem Grund gegründet worden ist, sondern ich habe nur gesagt, weshalb der Brandsicherheitswachdienst übertragen wurde. Zur zweiten Frage, die Freiwillige Feuerwehr bekommt derzeit eine jährliche Subvention von Seiten der Stadt für den laufenden Betrieb von 60.000 Euro. Ich habe jetzt nicht alle Daten im Kopf, das ist selbstverständlich, das haben wir heuer bereinigt auch im Finanzausschuss, die Freiwillige Feuerwehr muss, wie jede andere Einheit, die von der Stadt eben subventioniert wird, ein Budget vorlegen und dieses Budget wird vom Finanzausschuss kontrolliert, überprüft, wobei es darum eben geht, ob die Subvention derzeit in der Höhe von 60.000 Euro gerechtfertigt ist und dann gibt es

einen Beschluss dazu und der Beschlusse wird selbstverständlich im Gemeinderat bestätigt. Kann gerne weitere Auskunft geben, derzeit, wie gesagt, nicht weil ich auf die Frage auch nicht vorbereitet war, aber das ist ein ganz klares Vorliegen des Budgets, das in Hinkunft durchaus auch vom Rechnungshof geprüft werden kann und außerdem dann eben die Ausgaben entnommen werden können.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.

4) Vandalismus – Delikte und Maßnahmen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 21.7.2011 starteten Sie, Herr Bürgermeister, eine medial große propagierte und jedenfalls für die Grazer BürgerInnen kostspielige Kampagne gegen den Vandalismus in Graz, etwa mit dem hinsichtlich Autorenschaft „putzigen“ Slogan: „Bestimmte Dinge tun nur Leute, die Mist in der Birne haben“.

Mit Durchführung dieser Kampagne wurde von Ihnen in einem aber auch „bestätigt“, was bislang als politisch unkorrekt und daher stillzuschweigen galt, dass nämlich Vandalismus evident in Graz besteht und dass das, was die Grazer BürgerInnen freien Auges anhaltend wahrnehmen, keine Fata-Morgana ist, sondern nur eine anhaltende Realitätsbeugung im Auftrag der korrekten Grazer Regierungskoalition. Korrekt für wen? Läge mir auf der Zunge zu fragen...

Zum Kampagnen-Auftakt informierten Sie auch über die Homepage der Stadt Graz. Auch die Stadt Graz hat hohe Kosten bei der Beseitigung der Schäden zu verzeichnen.

Zerstörte Mistkübel und Laternen, ausgerissene Blumen in den Grünanlagen, verschmutzte Gebäudefassaden und zusätzliche Reinigungsarbeiten - um nur einige Beispiele anzuführen - verursachen jährlich zusätzliche Kosten von mehreren hunderttausend Euro. Das ist natürlich eine große Bandbreite.

Zu diesem politisch, aber wohl noch viel mehr für die Steuergelder der GrazerInnen, brisanten Thema stellte ich an Sie in der Gemeinderatssitzung am 9.2.2012 eine Bürgermeisteranfrage, um konkrete Daten und Fakten zu den Vandalismusedelikten in Graz zu erhalten. Diese Bürgermeisteranfrage ist bis dato aufrecht unbeantwortet.

Das Thema Vandalismus ist aufrecht und ungelöst „brandaktuell“, das zeigt insbesondere ein Artikel mit der Überschrift „Vandalen zerstören dutzende Laternen“, das war am Murkai.

Da zu erwarten ist, dass Sie allfällige Erfolge Ihrer Kampagne nicht unerwähnt lassen werden, verzichte ich hierzu um diesbezügliche Auskunft. Vielmehr gilt es zuerst einmal in Erfahrung zu bringen, wie viele Schadensfälle überhaupt dokumentiert wurden und welche wahre und vollständige Schadenshöhe im Einzelfall und summiert im Sinne einer Vollkostenrechnung angefallen ist, das heißt nicht nur für die Ersatzteilkosten.

Jetzt die

F r a g e :

Herr Bürgermeister!

Wie viele Vandalismusedelikte mit welcher Vollkosten-Schadenshöhe, das heißt administrative Kosten zuzüglich interner Personalkosten, zuzüglich Aufwand für externe Ressourcen, zuzüglich Ersatzbeschaffung, wurden in den Jahren 2008 bis Ende 2011, also die abgeschlossenen Jahre dieser Funktionsperiode des

Gemeinderates, an Gebäuden und Einrichtungen der Stadt Graz, sowie denen der städtischen Beteiligungen, verübt. Bitte um Antwort.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Herr Gemeinderat! Bevor ich ins Detail gehe, möchte ich ein paar Anmerkungen machen. Das Erste ist, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung haben wir mit der Beantwortung Ihrer Frage noch Zeit und ich habe von Herrn Polz schon erfahren, dass, wie gesagt, auch alles schon in Vorbereitung und in Arbeit ist. Zweitens möchte ich festhalten, dass es mir, wenn es um Vandalismus in der Stadt Graz geht, nicht nur um die Sachbeschädigungen im eigenen Bereich der Stadt Graz geht, sondern dass Vandalismus in der Zwischenzeit ein Problem geworden ist, das vor allem auch viele private Eigentümer von Fahrzeugen, von Zaunanlagen bis hin zu deren Häusern und Wohnungen geht. Das heißt, wenn wir hier Kosten zusammentragen, wäre es gescheit, darüber nachzudenken, wie viel Kosten da verursacht werden. Ein paar Kleinigkeiten noch vorweg. Wir können das gar nicht in eine genaue Kostenrechnung einbringen, weil wenn Sie daran denken, dass unsere Gärtnerinnen und Gärtner, die in unseren Parkanlagen und am Schloßberg täglich Dienst versehen, fast tagtäglich über die Frühjahrs-, Sommer- und Herbstmonate damit beschäftigt sind, dort zusammenzuräumen, den Mist wegzuräumen, Schäden zu reparieren, Pflanzen wieder einzusetzen und, und, und bräuchte man eine ganz detaillierte Aufstellung, man könnte fast sagen, wahrscheinlich schätzomativ die halbe Arbeitszeit verbringen, die nur mit dem Wegräumen und Sanieren von täglichen Schäden, das heißt, da die Lohnsummen hineinzuschreiben, wäre auch einmal interessant. Wir haben aber jetzt versucht, erstmalig, und das geht auch nur deswegen, weil wir gemeinsam auch mit der grünen Fraktion das Haus Graz geschaffen haben, um einmal einen genaueren Überblick zu bekommen und da beginne ich jetzt mit der GBG – Gebäude-Baumanagement Graz GmbH, die seit dem 1.1.2011 im Haus Graz der zuständige Partner für Bereich Hausverwaltung, Instandhaltung und Instandsetzung usw. ist. Die

Antwort haben sie folgendermaßen formuliert: Im Bereich der öffentlichen Gebäude, Kindergärten, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Bezirksämter, Stadtbibliotheken und Bürogebäude sind im Jahre 2012 Schäden im Zirkaausmaß von 56.000 Euro erfasst und einer entsprechenden Reparatur beziehungsweise Instandsetzung zugeführt worden. Die Jahre 2008 bis 2011 sind nicht detailliert erfasst worden, da die Strukturen dezentral angelegt waren und die Bewirtschaftung und Reparaturleistung in den jeweiligen Bereichen stattgefunden hat. Im Bereich der öffentlichen Gebäude kann für diesen Zeitraum, nämlich von 2008 bis 2011, ein jährlicher Aufwand an Sprayer-Retuschen und Vandalismusreparaturdurchführungen von zirka 100.000 Euro jährlich in Ansatz gebracht werden. Im Bereich der Holding Graz sind im Jahre 2012 Graffiti und weitere Sachschäden, vor allem im Bereich der Linien, an Gebäuden und an Endhaltestellen sowie am Rondeau in der Höhe von 20.000 Euro angefallen. In den Jahren zuvor, 2008 bis 2011, wurden keine Aufzeichnungen von Vandalismusschäden in der Holding geführt beziehungsweise wurden Reparaturen auf schnellstem Wege, ohne diese als Vandalismusschäden detailliert auszuweisen, abgewickelt. Das heißt, im Rahmen der normalen, ordentlichen Tätigkeit wurde das einfach aufgearbeitet und man hat nicht darüber Buch geführt, was das alles kostet und vor allem auch nicht die Personalkosten zugeordnet. Zusätzliche Reinigungsarbeiten, die durch Vandalenakte periodisch beziehungsweise wiederkehrend ausgelöst wurden, sind zwar erfassbar, sind aber nicht detailliert bezifferbar, da die Reinigungsfrequenzen in den betroffenen Bereichen, zum Beispiel öffentliche WC-Anlagen, so angepasst wurden, dass ein möglich optimaler Reinigungszustand für die Nutzer erreicht werden konnte. Als Vorbeugemaßnahmen wird von Seiten der GBG in den exponierten Bereichen, den unbesetzten öffentlichen WC-Anlagen im innerstädtischen Bereich, mit verstärkter Kontrolle den Vandalismusakten entgegengehalten. Soweit der Prokurist Dipl.-Ing. Dr. Karl-Heinz Fritsch, der der Geschäftsbereichsleiter ist (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ja, ich bedanke mich einmal für die Teilbeantwortung anhand der anscheinend verfügbaren Daten. Die Anzahl der Vandalismusedelikte, die ich in der Fragestellung drinnen beinhaltet habe, die haben Sie nicht beantwortet. Ich möchte die noch einmal stellen und ergänzen darum, in wie vielen dieser Fälle wurde hier von Seiten der Stadt Graz beziehungsweise ihrer Beteiligungen eine Strafanzeige erstattet?

Bgm. Mag. **Nagl**: Diese Daten liegen mir jetzt nicht vor, ich sage auch, es ist relativ mühsam mit den Strafanzeigen, die meisten von uns haben es in den letzten Jahren wahrscheinlich auch einmal persönlich erfahren. Die Autospiegel werden heruntergetreten, Fahrräder werden demoliert, Hauswände beschmiert etc. Viele bringen es auch gar nicht mehr zur Anzeige, aber ich hoffe, dass das unsere städtischen Einrichtungen tun, es wird dann in der Anfragebeantwortung, hoffe ich, darauf eingegangen werden.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

4) Gesundheitsleitbild

GR. **Hohensinner** stellt an StR. **Grossmann** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Lieber Herr Stadtrat Grossmann, lieber Michael, du hast dir schon bei der Pressekonferenz zum Ziel gesetzt, ein Gesundheitsleitbild für dein

Ressort zu erstellen, was eine tolle Geschichte ist, das ist erstmalig, das macht erstmals ein Gesundheitsstadtrat. Ich habe dich im letzten Gemeinderat gefragt, ob du vielleicht auch deine Kollegin Martina Schröck davon überzeugen könntest, dass sie im Sozialressort ebenso ein Leitbild erstellt. Du hast mir damals zugesagt, du wirst versuchen, auf deine Parteichefin einzuwirken.

Deshalb stelle ich heute an dich die

F r a g e :

Hast du deine Parteichefin von der Notwendigkeit eines Sozialleitbildes überzeugen können und welche Herangehensweise hast du für die Umsetzung in deinem Ressort gewählt beziehungsweise welche Schritte hast du bisher gesetzt (*Applaus ÖVP*)?

StR. **Grossmann:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Vielen herzlichen Dank für deine Frage. Wir haben natürlich Gespräche geführt, aber ich glaube, die Frage nach dem Sozialleitbild ist in erster Linie günstigerweise und auch effizienterweise mit der Frau Kollegin Schröck direkt zu besprechen. Also, ich glaube, dass das mehr Sinn macht, über das Sozialleitbild zu sprechen. Wie auch immer sich hier die Entwicklung darstellen wird, bin ich nach wie vor, und da freue ich mich sehr, dass du das auch so siehst, davon überzeugt, dass es notwendig ist, gerade dann, wenn wir ausfließend aus dem Gesundheitsbericht über multisektorale Gesundheitspolitik sprechen, dass wir uns hier intensiv mit diesem Leitbild auseinandersetzen, was ja auch, so wie du es in deiner Einleitung gesagt hast, etwas völlig Neues ist für die Stadt, deshalb glaube ich, dass es für uns besonders wichtig ist. Ich habe schon in der Gemeinderatssitzung im Februar, wie du die Frage erstmals gestellt hast, gemeint, dass es nur Sinn macht, sich auch hier mit dem Land Steiermark intensiv an einen Tisch zu setzen, du weißt, es gibt hier ja seit dem März des vergangenen Jahres

intensive Bemühungen von Seiten der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, hier eine Gesundheitsförderungsstrategie zu erarbeiten. Ich werde in den nächsten Wochen ein persönliches Gespräch mit ihr haben und versuche hier auch abzustimmen, dann werden wir im Rahmen des wiederzubelebenden Gesundheitsforums diese Grundlagen des Landes Steiermark aufgreifen und versuchen daraus diese Leitlinien für eine multisektorale Gesundheitspolitik abzuleiten. Ganz unabhängig davon konnten wir glücklicherweise in der letzten Gemeinderatssitzung einstimmig die Ausweitung des Projektes Gesunde Bezirke auf gesunde Stadt erreichen. Das glaube ich, ist ein wesentlicher Beitrag und für den Juni dieses Jahres, weil wir ja nicht darauf warten können, dass die Gesundheitsförderungsstrategie des Landes endlich auf dem Tisch liegt, haben wir auch ein neues Ziel uns gesetzt, das begleitend zur Erstellung des Leitbildes natürlich beitragen wird. Eine Auftakt- und Informationsveranstaltung zu Health Impact Assessment, HIA, verfolgt ja einen interdisziplinären und intersektoralen Zugang, um politische Entscheidungen auf ihre Gesundheitsrelevanz zu prüfen. Ich glaube, dass aber die Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen können, sicherlich auch wesentlichen Einfluss in das Leitbild haben werden (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Die Zusatzfrage betrifft ein bisschen eine Vertiefung deines Ressorts, und zwar das kritisierte Impfschadenurteil wurde ja aufgehoben bekanntlich. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es viele Eltern, die ihre Kinder nicht impfen ließen. Im Worst Case drohen dadurch Masern-Epidemien beziehungsweise auch Röteln-Epidemien, die nicht ungefährlich sind. Lieber Herr Stadtrat, was hat die Stadt, was hast du unternommen, um die beträchtlichen Impfungen aufzuholen beziehungsweise diese Lücken zu schließen.

StR. **Grossmann**: Lieber Kurt, ich glaube, du bemerkst ja immer wieder, dass wir vom Gesundheitsamt aus intensiv darum bemüht sind, auf die Möglichkeiten der Impfungen im Gesundheitsamt hinzuweisen, auch in den Medien hinzuweisen. Es hat ja die Anfrage vom Herrn Kollegen Fabisch gegeben, an der wir auch im Gesundheitsamt arbeiten, auch am Nachmittag ein Angebot für Eltern zu erstellen im Gesundheitsamt, um den Impfungen nachzukommen. Ich glaube, dass hier auch die Aufklärungsarbeit unserer Ärzte im Gesundheitsamt sehr gut ist. Ich glaube darüber hinausgehend, dass wir in der letzten Stadtsenatssitzung mit dem Beschluss des Stadtsenates, mit der Dienstleistungsvereinbarung mit dem Land Steiermark aber auch sichergestellt haben, dass solche Dinge sozusagen mit dem Land Steiermark hier auch haftungsrechtlich abgeklärt sind und deshalb werden wir neuerlich versuchen in einer Informationsarbeit, die uns natürlich keine Kosten verursachen darf, aber die wir intensiv aufgreifen werden, die Impfungen an die Frau, an den Mann zu kommunizieren, damit hier auch die Impfungen intensiv und flächendeckend vorgenommen werden können (*Applaus SPÖ*).

6) Busspur durch die Siedlung Wohnen im Park/Wienerstraße (Hirtenkloster)

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Gäste! Wie wir wissen, gibt es große Anrainerproteste gegen die Busspur durch die Siedlung Wohnen im Park, Wiener Straße beim Hirtenkloster. Anrainer und Anrainerinnen waren bereits hier im Gemeinderat und haben ihre Proteste kundgemacht und auch Flyer verteilt.

Ich stelle nunmehr mehr an dich, liebe Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, die

Frage:

Wie geht es weiter mit der von dir geplanten Busspur durch die Siedlung Wohnen im Park/Wiener Straße beim Hirtenkloster (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Frau Gemeinderätin! Es handelt sich um eine Bustrasse und um keine Busspur. Wie bekannt ist, befindet sich derzeit eine Überprüfung des Projektes beim Stadtrechnungshof einerseits, andererseits gibt es zwei Verfahren, die im Laufen sind, das ist das straßenrechtliche Verfahren für die Errichtung einer Gemeindestraße ebenso wie das wasserrechtliche Verfahren für die Errichtung der neuen Brücke, beziehungsweise Uferschutzmaßnahmen im Bereich des Schleifbaches, die am nördlichen Grundstück liegen. Wenn diese Verfahren abgeschlossen sind, ist mit der Umsetzung der Baumaßnahmen zu rechnen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Unser Klubobmann Karl-Heinz Herper hat soeben der Frau Vizebürgermeisterin die Unterschriftenliste überreicht. 95 % der dortigen Bevölkerung sprechen sich gegen die Bustrasse aus und vielleicht ganz kurz zur Erläuterung betreffend von den Kinderspielplätzen direkt neben der geplanten Bustrasse...

Zwischenruf GR. Schröck: Gefahrensituation.

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: ...sind Kinderspielplätze. Die Siedlung die beinhaltet unheimlich viele Familien mit kleinen Kindern, die sind auch dorthin gezogen, weil es eben eine bestimmte Freifläche gibt und nunmehr frage ich dich, liebe Frau Vizebürgermeisterin, was ist geplant, um den Kindern, welche auf den Kinderspielplätze direkt neben der Busspur spielen, ausreichende Sicherheit zu bieten sowie was ist geplant mit dem angrenzenden Sportplatz (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich bin gerne bereit die Informationen, die x-fach an die AnrainerInnen aber auch an alle Fraktionen immer wieder ergangen sind, noch einmal zu wiederholen. Das eine ist, dass Spielplätze, Grünraumgestaltung ja ein Thema ist, das rund um die Bustrasse neu angeordnet wird. Wir wissen, dass dort natürlich Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen sind, genau das ist Gegenstand der Planungen und hier gibt es eine gute Abstimmung zwischen der Abteilung für Grünraum und der dortigen bauenden Bauträger, das heißt, dafür ist gesorgt. Auch die Grundstücke werden so verteilt, dass ein Spielplatz nicht direkt auf einer Bustrasse stattfinden wird, wie gerne kolportiert wird. Das Zweite ist, der Sportplatz im Norden, es wird eine Veränderung des Sportplatzes geben, aber es wird keine Abschaffung des Sportplatzes geben, es ist so geplant, dass der Sportplatz eine andere Lage bekommt, damit etwas verkleinert wird, aber trotzdem als Sportfläche weiterhin benutzt werden kann und deswegen ist auch die Brücke notwendig und auch die Maßnahmen rund um den Bach, weil wir mit der Bustrasse so weit wie möglich abrücken, damit wir den Sportplatz so wenig wie möglich tangieren werden (*Applaus Grüne*).

7) Drogenkonsumraum

GR. **Baumann** stellt an StR. **Grossmann** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich kann mit meiner Frage an den Herrn Stadtrat Grossmann mit soviel Populismus natürlich nicht aufwarten wie in der Frage davor.

Zwischenruf GR.in Krampl: Ist überhaupt nicht populistisch.

GR. **Baumann**: Die Positionen der Sozialdemokratie zum Thema Drogenkonsumraum haben sie in den letzten vier Jahren des Öfteren geändert. Am Anfang dieser Gemeinderatsperiode wollte sich Stadtrat Riedler nicht positionieren. Nicht zuletzt Gespräche mit mir und mit nationalen und internationalen ExpertInnen haben ihn doch zu einer positiven Haltung gebracht. Stadtrat Herper war, wie so oft im politischen Alltagsgeschäft, uneindeutig und blieb dies bis zuletzt. Ein maximales Ja aber konnte im Diskurs nicht wirklich eine Entscheidung herbeiführen. Zuvor hat der Landtag in dieser Periode auch einen mehrheitlichen Beschluss zur Errichtung von Drogenkonsumräumen beschlossen, von dem die jetzige Landesregierung mit Beteiligung der Sozialdemokratie natürlich nichts wissen will. Kurzzeitgesundheitsstadtrat, um wieder auf die Stadtebene zu kommen, Kurzzeitgesundheitsstadtrat Müller war klar in seiner Aussage. Er hat sich mit dem Gesundheitsaspekt sicher nicht ausreichend beschäftigt, um so ein wichtiges wie auch umstrittenes Projekt wie den Drogenkonsumraum, auch drogentherapeutische Anlaufstelle genannt, in Graz durchzusetzen. Es braucht dafür einen breiten politischen Willen. Sozialpolitisch wie gesundheitspolitisch gibt es ja keine negativen Stimmen und sogar die Grazer Polizei spricht sich inzwischen für die Eröffnung eines kontrollierten Drogenkonsumraumes aus, denn zurzeit sind die Grazer

Drogenkonsumräume nämlich die öffentlichen Toiletten und das kann ja wirklich keiner von uns wollen.

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Wie weit sind deine Bemühungen gediehen, um einen politischen Konsens, der notwendig ist für die Einrichtung eines Drogenkonsumraums im Rahmen einer drogentherapeutischen Anlaufstelle, zu erreichen und eine diesbezügliche Angebotserweiterung des Kontaktladens der Caritas zu sichern (*Applaus Grüne*)?

StR. **Grossmann:** Vielen Dank, sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Heinz! Ich glaube, ich werde darauf verzichten, eine Replik zu geben auf deine historischen Ausführungen. Letztendlich, glaube ich, ist es doch so, dass wir aber dennoch feststellen müssen, dass es keine einfache, mit einem Ja oder Nein zu beantwortende Fragestellung ist, sondern dass auch mein durchaus kritisch interessierter Zugang zu diesem Thema zwei Voraussetzungen braucht. Erstens, wir haben sicherzustellen, dass die bundes- und landesgesetzlichen Voraussetzungen so gegeben sind, dass bei der Einrichtung eines derartigen Drogenkonsumraumes weder die Stadt Graz noch sonstige mögliche Trägervereinigungen, die sich dann mit dem Betrieb dieses Drogenkonsumraumes verpflichten, sozusagen in eine Haftungsfrage geraten dort, wo tatsächlich einmal etwas Tragisches passieren könnte, erste grundsätzliche Voraussetzung. Ich arbeite intensiv daran, um in dieser Frage Rechtssicherheit herzustellen für die Stadt Graz und für uns alle und zum Zweiten, die wesentliche zweite Grundvoraussetzung ist, dass die Einrichtung einer solchen durchaus von mir auch mit großem Interesse begutachteten Einrichtung nur dann aus Sicht des Gesundheitsressorts vonstatten gehen kann, wenn wir den von dir bereits angesprochenen wirklich breiten politischen Konsens auf der Ebene der Stadtregierung und des Gemeinderates zustande gebracht haben. Das sehe ich als die

wesentlichen und noch nicht erfüllten Grundvoraussetzungen für die Einrichtung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann:** Jetzt hätte ich zwei so Fragen, eine inhaltliche und eine was deine Bestrebungen angeht mit dem Herrn Bürgermeister, aber auch mit den anderen Kollegen der ÖVP, da einen Konsens zu erreichen. Meine Frage geht aber in Richtung der inhaltlichen Geschichte. Ich habe dich ja erlebt als einer, der sich sehr intensiv auch mit gesundheitspolitischen Themen beschäftigt und frage dich, ob du dir in Graz so ein Projekt vorstellen könntest, wo der Drogenkonsumraum auch als mobile Form funktionieren könnte, weil sie als mobile Drogenkonsumraum, wie es zum Beispiel in Barcelona, vorhanden ist.

StR. **Grossmann:** Dankeschön, lieber Heinz. Wie gesagt, auch über die Frage, ob er stationär oder mobil sein wird, die Grundvoraussetzungen müssen dafür natürlich erfüllt sein, deine implizite Frage, wie sehr ich mich darum bemühe, hier auch Gespräche zu führen, kann ich dir beantworten, das Bemühen ist intensiv. Du weißt, dass auch wir bereits sehr intensiv darüber gesprochen haben, ich glaube, dass wir mit der Ansiedlung der IKA, der interdisziplinären Kontakt und Anlaufstelle für Substitution, hier in Graz gemeinsam mit den Land Steiermark, das ja im Wesentlichen vom Land Steiermark auch finanziert wird, einen guten Schritt in die richtige Richtung gesetzt haben und ich denke, dass wir auch in dieser Frage weiter sehr intensiv im Gespräch sein werden, wenn die beiden von mir bereits beschriebenen Grundvoraussetzungen für uns erfüllt sind und damit Sicherheit hergestellt ist für die Stadt. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich möchte auch noch gerne anmerken, dass aufgrund der damaligen medialen Darstellung, dass die Polizei mittlerweile in Graz einen solchen kontrollierten Drogenkonsumraum befürworten würde, aus meiner Sicht nicht richtig ist. Ich habe nachgefragt und habe von der Polizei eindeutig gehört, dass dies eine falsche Meldung in der Zeitung ist und dass eine solche Stellungnahme nicht vorliegt. Vielleicht dem auch einmal nachgehen mit der Polizei.

8) Errichtung eines Parkplatzes für einspurige Kraftfahrzeuge am Jakominiplatz

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! In Graz sind einspurige Fahrzeuge sehr beliebt. Aber nicht nur Fahrräder, sondern auch Mofas und Motorräder benötigen Abstellplätze in der Stadt. Am 22.9.2011 stellte ich einen Antrag zur „Errichtung eines Parkplatzes für einspurige Kraftfahrzeuge am Jakominiplatz“.

Der Antragstext lautete: „Die zuständigen Ämter werden beauftragt, die Ausweisung der angegebenen Örtlichkeit im Bereich der Radetzkystraße beziehungsweise Schmiedgasse als Parkplatz für einspurige KFZ zu prüfen und diese Maßnahme gegebenenfalls ohne Verzug umzusetzen.“

Erfreulicherweise erhielt ich dann auch am 7.2.2012 ein durchaus positives Antwortschreiben. Die Abteilung für Verkehrsplanung teilte mit Ihrem Einvernehmen mit: „Von der Abteilung für Verkehrsplanung wurden Unterlagen für den gewünschten Parkplatz erarbeitet und an die Behörde zur straßenpolizeilichen Verhandlung und gegebenenfalls zur Umsetzung übermittelt.“

Die Umsetzung, die auch im Februar 2012 startete, sah allerdings ganz anders als gewünscht aus. Und jetzt kommt der Schildbürgerstreich. Anstatt einer Ausweisung des Parkplatzes für einspurige Kfz wurden an diesem Standort plötzlich drei Fahrradbügel aufgestellt. Laut Berichten von Mitarbeitern einer angrenzenden Firma werden nun dort, wo früher die Mofas und Motorräder unbehelligt abgestellt werden konnten, verstärkt Strafmandate von der Polizei an die betroffenen Fahrzeughalter ausgestellt.

Ich stelle namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachfolgende

F r a g e :

Wann wird ein Parkplatz für einspurige Kraftfahrzeuge am Jakominiplatz errichtet (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Herr Gemeinderat Lohr! Ich bin sehr dankbar, wenn Gemeinderäte ihre Ansuchen und Anliegen auch weiterverfolgen, weil in dem Sinn haben Sie mir damit ermöglicht festzustellen, was da passiert ist. Ich hätte das gar nicht gewusst. Ich habe inzwischen mich erkundigt, es ist so, wie Sie es beschreiben, es gab den Auftrag, es gab die Planung das auszuweiten, es hat dann einen Kommunikationsfehler zwischen den beiden Abteilungen gegeben, sodass falsch verhandelt wurde, ich habe jetzt heute beauftragt, dass eine entsprechende Nachverhandlung geführt wird und natürlich die Erweiterung auch um Stellplätze für einspurige Kfz dort ermöglicht wird. Das ist durchaus in meinem Sinn, wenn ich zwischendurch darauf hingewiesen werde, was nicht alles funktioniert. In dem Sinn danke und wir werden es umsetzen. Wie generell das Thema der einspurigen

Fahrzeuge, motorisierten Fahrzeuge uns als Stadt in Zukunft natürlich stärker beschäftigen wird, wir werden insgesamt mehr Stellflächen schaffen müssen, weil das ein sehr stark wachsender Bereich ist. Danke.

GR. Ing. **Lohr**: Zusatzfrage in dem Sinn nicht, aber ich danke einmal der Frau Vizebürgermeister und eben, dass es von den Betroffenen auch an mich herangetragen wurde und dann, wenn wir hier einen Kommunikationsfehler beheben können, ist immer toll. Das heißt, in welcher Zeitspanne darf ich damit rechnen, dass was geschieht und wann sollte ich dann wieder nachfragen, damit nicht ein neuerlicher Fehler passieren kann?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Aus meiner Einschätzung handelt es sich da um keinen großen Aufwand und ich hoffe, dass wir das in den nächsten Wochen umsetzen werden (*Applaus Grüne*).

9) Elternhaltestelle vor dem Pfarrkindergarten Schutzengel

GR.ⁱⁿ **Gesek** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Gesek: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Der Pfarrkindergarten Schutzengel betreut 50 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren.

Die Elternvertretung ist an den Bezirksrat von Eggenberg herangetreten, vor dem Haus Hauseggerstraße 70 eine Elternhaltestelle in der Zeit von 7.00 bis 12.00 Uhr zu

installieren, um den Kindern ein gefahrloses Aus- und Einsteigen zu ermöglichen. Dies auch deshalb, weil hier ständig Dauerparker vorhanden sind.

Der Bezirksrat von Eggenberg hat einen diesbezüglichen Antrag an die zuständige Magistratsabteilung weitergeleitet und es hat bereits eine diesbezügliche verkehrsrechtliche Verhandlung stattgefunden. Dieser Antrag wurde jedoch leider abgewiesen. Die Einladung zur verkehrsrechtlichen Verhandlung erging an die Bezirksvorstehung sehr kurzfristig, sodass niemand vom Eggenberger Bezirksrat daran teilnehmen konnte.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, die

F r a g e :

Bist du bereit, diesen Sachverhalt nochmals prüfen zu lassen, um so den Kleinsten unserer Gesellschaft eine größtmögliche Sicherheit auf dem Weg zum Kindergarten zu bieten (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Danke für die Anfrage. Ganz kurz zum Begriff der Elternhaltestelle, das ist womöglich eine Verwechslung. Eine Elternhaltestelle ist ein Konzept, das sich für Volksschulen eignet, aber nicht für Kindergärten. Da geht es darum, dass Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto bringen, ihre Kinder, also kurz stehenbleiben, ihre Kinder aussteigen lassen und dann den Rest allein zu Fuß zur Schule gehen lassen. In Kindergärten gibt es diesen konkreten Vorgang ja nicht, weil wir wissen, dass die Eltern ja auch verpflichtet sind und das ja auch sinnvoll ist, dass sie ihre Kinder persönlich in den Kindergarten bringen. Das heißt, es geht da um den Wunsch Parkplätze einzurichten für Eltern des Kindergartens, dieses wurde verhandelt und wurde damals auch abschlägig behandelt, weil es dort darum ging, dass dort in den Grünflächen direkt geparkt wurde und auf Wunsch insbesondere

auch der Bevölkerung aus dem Bezirk ja genau diese Grünflächen von den parkenden Fahrzeugen im Bezirk jetzt großflächig freigemacht wurden. Es ist auch überprüft worden, ob im Umfeld die Möglichkeit besteht, ein Auto abzustellen, auszusteigen und die paar Schritte zum Kindergarten das Kind zu begleiten, das wurde damals so positiv begutachtet, deswegen wurde es auch im Verhandlungsverfahren keine positive Stellungnahme zur Errichtung von Parkplätzen für Eltern des Kindergartens dort entschieden, aber es ist keine Elternhaltestelle im Sinne, wie wir sie bei diversen Volksschulen schon umgesetzt haben und bei weiteren auch noch umsetzen werden.

GR.ⁱⁿ **Gesek:** Sind Sie bereit, auch für Kindergärten eine Elternhaltestelle installieren zu lassen, jetzt nicht in Bezug auf die Hauseggerstraße, sondern generell, weil gerade die Kleinsten von den Kleinen tun sich am Schwersten und du weißt, wie schnell die aus einem Auto aussteigen und die Eltern müssen dann immer sehr schnell reagieren. Es ist oft schwieriger, Kindergartenkinder in den Kindergarten zu bringen, als Kinder in die Volksschule zu bringen, weil sie ein anderes Verkehrsverhalten haben.

Bgm.-Stv.^{##} **Rücker:** Liebe Gerda, ich habe gerade versucht, es dir zu erklären. Eine Elternhaltestelle ist ein Konzept, das vorsieht, kurz stehenzubleiben, die Kinder eigenständig aussteigen zu lassen und ihren letzten Weg alleine, und das wird nur ab dem Volksschulalter möglich sein, bis zu ihrer Schul- und Unterrichtstätte gehen zu lassen, das ist eine Elternhaltestelle. Die ist für den Kindergarten deswegen nicht geeignet, weil Kinder im Kindergarten- und Krabbelstufenalter von Eltern, ja aber auch im Kindergartenalter dürfen sie nicht alleine den letzten Weg gehen gelassen werden, deswegen ist es notwendig, liebe Gerda, dann das Auto abzustellen, abzusperrern, mit dem Kind gemeinsam zum Kindergarten zu gehen, und bei manchen Kindergärten ist der Parkplatz etwas näher und bei manchen ein bisschen weiter weg, aber es ist keine Elternhaltestelle für Kindergärten in Graz und auch nirgendwo

möglich, weil ein Abgeben der Kinder persönlich notwendig ist für Eltern beim Kindergarten. Deswegen muss man da wirklich eine klare Unterscheidung treffen. Es gibt Kindergärten, die haben davor Haltemöglichkeiten oder Parkmöglichkeiten, es gibt Kindergärten, die haben in der Umgebung Parkmöglichkeiten, und die letzten Schritte gemeinsam mit dem Kind zum Kindergarten zu gehen, ist bei mehreren Kindergärten notwendig. Wir können nicht einfach überall Parkplätze hingeben, wo kein Platz dafür ist (*Applaus Grüne*).

10) Finanzieller Aufwand für Radwegeverbesserungen und Errichtungen

GR. **Eichberger** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa! Meine Frage ist im Vergleich zur Vorfrage sicherlich eine bei weitem einfachere zu lösende. Alle bei uns wundern sich immer wieder, alle zwei/drei Monate eine Schlagzeile in den Medien hinsichtlich der Errichtung oder Verbesserung oder Renovierung, Neuausgestaltung von Radwegen. Zum Teil mit immensen Beträgen, so darf ich nur an den letzten, ich will jetzt nicht von goldenen Radwegen sprechen, wie manche Medien da zu berichten wissen, sondern es fließt ein Batzen Geld in diese Ausgestaltung und in diese Neugestaltung von Radwegen. So erst in den letzten Wochen ein Betrag von rund 600.000,- Euro für rund 150 Meter Radweg in der Fischeraustraße.

Da es sich ja nicht der erste Radweg ist in einer entsprechenden Dimension, von anderen Investitionen und erfolgreichen Platzgestaltungen abgesehen, würde mich

jetzt gerne interessieren, wie viel Geld jetzt aus deinem Ressort durch dich seit deiner Amtsübernahme des Verkehrsressorts im Jahr 2008 in diese Verbesserung und Errichtungsradswegegeschichte einfach geflossen sind (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Gerne gebe ich dir darauf eine Antwort, lieber Herr Gemeinderat Eichberger! Auch im Koalitionsverhandeln haben wir uns vorgenommen und davor im Bereich der Radwegeausbauten und der Infrastrukturausbauten für Radmaßnahmen in Graz größere Schritte zu gehen beziehungsweise auch bewusst mehr Geld in die Hand zu nehmen, weil manche Dinge dringend anstanden. Wir haben damals schon gemeinsam mit der damaligen Verkehrslandesrätin während der Koalitionsverhandlungen auch ein Pactum darüber geschlossen, wie die Finanzierungsaufteilung zwischen Land und Stadt ist und tatsächlich haben wir auch mehr Geld in die außerordentliche Gebarung eingestellt. In den letzten vier Jahren wurden dann in meinem Ressort 4,3 Millionen Euro, das ist der genaue Betrag, den kriegst du in der schriftlichen Beantwortung, ich werde jetzt nicht auf die Groschen genau das beschreiben, aber 4,3 Millionen Euro wurden ausgegeben, zurück flossen vom Land bisher 1,6 Millionen Euro. Damit wurden viele Maßnahmen gesetzt, darunter auch ein paar teure, da hast du Recht, wir reden zum Beispiel über den LKH-Abschnitt, der als der erste goldene Radweg bezeichnet wurde, wir reden jetzt um die Brückenführung entlang der Mur beim Obi, und das habe ich versucht öfters zu erklären. Wir befinden uns in Graz, nachdem ja auch schon viele Vorleistungen erbracht wurden im Radwegeausbau, im Stadium des Schließens wichtiger Radweglücken und Netzschlüsse und diese Netzschlüsse haben die Eigenheit, dass sie deswegen so lange nicht gemacht werden konnten, weil Grundstücksfragen, Denkmalschutzfragen, naturschutzrechtliche Fragen, aber auch Kostenfragen eine große Rolle gespielt haben. Beim LKH haben wir viel Geld dafür ausgegeben, eine Stützmauer, die notwendig war, zu errichten. Der Radwegquadratmeter kostet nicht mehr als früher, er kostet im Verhältnis das Gleiche, indexiert halt, bei der Fischeraustraße ist es so, dass wir aufgrund der naturschutzrechtlichen Bestimmungen entlang der Mur dort eine Aufhängung vornehmen müssen, damit dieser Radweg gemacht wird. Das ist ein sehr wichtiger Lückenschluss, weil wir wissen, dass damit eine sichere Möglichkeit von Andritz, nachdem in Zukunft auch die Obere Weid erschlossen sein wird, da haben wir jetzt inzwischen auch die Unterschrift, eine wichtige Anbindung von Gösting und Raach bis in die Stadt und wir wissen, dass wir dort sicherlich einige RadfahrerInnen mehr auf den Radweg

bekommen als jetzt, die über die Wiener Straße fahren müssten. Es gibt ganz viele andere Radbauprojekte, die mit dem Geld umgesetzt wurden. Ich habe hier die ganze Liste, die bekommst du von mir schriftlich, es ging um Geh- und Radwege, es ging um Sanierungen, es ging um Radfahrstreifen, es ging um Fahrradbrücken, es ging um Finanzierungen von Radfahrtraining, Radstation am Bahnhof etc. bis hin zur Errichtung von vielen Radabstellanlagen, du kannst das gerne nachlesen. Es ist ein sehr umfassendes Programm, ich denke, wir haben uns viel vorgenommen und einiges davon konnte umgesetzt werden, leider noch nicht alles, aber einiges wird sich heuer auch noch abspielen (*Applaus Grüne*).

GR. Eichberger: Zum einen danke für die Beantwortung und es ist ja, wie zu erwarten war, doch ein stattlicher Betrag, wenn ich noch einmal das wiederholen darf, insgesamt 4,3 Millionen, davon allein für die Stadt der Anteil rund 2,7 Millionen und ich bin der Letzte, der nicht diesen Ausbau und diese Verbesserungen hinsichtlich der Radwegeverbindungen auch begrüße und unterstütze und kann mich an und für sich ohne weiteres dem Spruch deiner Mobilitätsreferentin anschließen, die meint, jede RadfahrerIn mehr ist ein Gewinn für die Stadt, das ist das eine. Das andere ist aber, dass du natürlich auch Verkehrsreferentin nicht nur für Radfahrerinnen und Radfahrer bist, sondern dass wir möglicherweise, ich kann es nicht abzählen, möglicherweise gibt es aber auch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Grazer Bevölkerung, die nicht mit dem Fahrrad fährt, sondern die gezwungen ist, freiwillig oder aufgrund von Dienstzeiten mit dem Pkw zu fahren. Und jetzt würde es natürlich auch mich als Autofahrer und Radfahrer interessieren, wir haben auf der einen Seite 4,3 Millionen für Radfahrverbesserungsmöglichkeiten ausgegeben, jetzt würde mich auch interessieren, wie viel Geld konntest du auch flüssig stellen für Maßnahmen für den Individualverkehr? Ich denke hier insbesondere an ein Parkleitsystem, ich denke hier insbesondere an Maßnahmen hinsichtlich der Grünen Welle, damit man das vielleicht gegenüberstellen kann und auch sieht, dass du auch für die Autofahrer und

den Individualverkehr ebenfalls dich hier einsetzt und auch hier für Verbesserungen und Adaptierungen kämpfst (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich freue mich schon auf deine Frage in der nächsten Gemeinderatssitzung, damit ich dir das schön aufschlüsseln kann, weil aus dem Stand kann ich das nicht machen. Aber du kannst sicher sein, es ist ein Vielfaches von dem, was für Radfahrerverkehr ausgegeben wird, was bei uns im Bereich Straßenbau, Straßensanierung, Parkplatz, Südgürtel alleine ein Vielfaches, das heißt in dem Fall würde ich deine Sorge, dass da zuwenig getan wird, oder alleine die Optimierung im Bereich der Ampeln, die wir laufend vornehmen, wird ungefähr einen gleichen Betrag ausmachen in den letzten Jahren. Also, die Sorge, dass da eine Ungleichverteilung der Mittel stattfindet, kann ich dir jetzt schon nehmen, aber ich kann es dir das nächste Mal, wenn du nächstes Mal so eine Frage an mich richtest, auch ganz genau im Detail erläutern. Wir beobachten unser Budget sehr genau (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

11) Barrierefreiheit Gemeinderatssaal

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja heute hier live ein Beispiel zum Thema Barrierefreiheit und daher freut es mich, dass auch in der Frage, die jetzt gerade doch noch in der

Fragestunde drankommt, ich das Thema auch live einbringen kann, und zwar geht es um die Frage Barrierefreiheit im Gemeinderatssitzungssaal speziell hier auch an diesem RednerInnenpult. Wir werden ja mit dem heutigen Beschluss auch eine nächste Runde von Bürger- und Bürgerinnenehrungen machen und zum Beispiel ist in diesem Kreis auch eine Person auf jeden Fall dabei, die aus dem Rollstuhl heraus sprechen wird. Wir wissen auch nicht, wie eine künftige Gemeinderatzzusammensetzung vielleicht einmal sein wird und haben auch immer wieder Veranstaltungen hier, wo sich zeigt, dass diese fehlende Barrierefreiheit im Sitzungssaal durchaus störend ist und sehr einschränkt.

Daher meine

F r a g e :

Welche Vorkehrungen werden seitens der Stadt dafür getroffen werden, ich weiß, es gibt schon bestimmte Bemühungen Barrierefreiheit, aber konkret jetzt für diesen Raum hier würde es mich interessieren, ob es da schon was gibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, vielen Dank. Unsere Experten haben sich mit dem Thema schon des Öfteren auseinandergesetzt und auch schon ein paar Lösungen einmal diskutiert. Die 15-Zentimeter-Rampe, die wir hier vorne haben, stellt das größte Problem dar. Wenn man das mit einer Rampe lösen möchte, dann würde die Rampe bis zur ersten Sitzreihe gehen, das heißt, das kann man nicht umsetzen, weil damit hätten wir, wenn ich so sagen darf, viel mehr Probleme und Barrieren da herinnen. Nachdem ja die nächste Stadtregierung und der nächste Gemeinderat verkleinert sein werden, gibt es auch die Möglichkeit umzubauen, weil wir dadurch Platz gewinnen. Das vordere Pult hier ist ja noch ausgerichtet für 11 Stadtsenatsmitglieder, es werden dann noch sieben sein, also denken wir jetzt daran, für die nächste Periode den

vorderen Teil überhaupt neu umzubauen, dann gewinnen wir nämlich jenen Platz, den wir drüben beim Pult brauchen. Selbstverständlich gilt es das Ganze noch mit dem Bundesdenkmalamt abzuklären, aber ich denke mir, dass wir eine Lösung finden werden. Das Rednerpult, an dem Sie sich jetzt gerade befinden, ist in der Form keineswegs für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer geeignet. Wenn das Bundesdenkmalamt zustimmt, kann man, so wie auch in vielen anderen Parlamenten und Gemeinderatsstuben, ein Pult machen, das man absenken kann, das kann auch ineinander fahren, man braucht da gar nicht in den Boden hineingehen. Wenn wir das mit dem Bundesdenkmalamt regeln, gibt es dann die Möglichkeit, nämlich nicht nur beim Rednerpult als Rollstuhlfahrer zu sitzen, sonst hätten wir nämlich da wieder eine Stufe, also ich glaube, das ganze Podest gehört weg, dann kann man auch ein Regierungsmitglied unter Umständen, das einmal auch im Rollstuhl sein sollte, auch hier gut unterbringen. Das bereiten wir einmal vor, daran wird gearbeitet. Ich hoffe, dass das Bundesdenkmal hier auch zustimmen wird. In der Zwischenzeit sollten wir, falls auch Gäste da sind, die zu Wort kommen sollten, den Platz hier in der Mitte nutzen und dann mit einem Funkmikrofon uns helfen, das wäre der momentane Vorschlag, aber wie gesagt, wir arbeiten dran und ich glaube, das wird die Lösung dann sein, dazu müsste man aber das ganze Pult abbauen und diese Podesthöhe da wegnehmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Vielen Dank, das höre ich sehr gerne, dass es genau solche konkreten Überlegungen schon gibt. Meine Frage wäre dann nur noch, ob wir im Gemeinderat regelmäßig, regelmäßig ist gut, dass Sie uns einfach auf dem Laufenden halten, wie der Stand der Dinge ist, was das Bundesdenkmalamt usw. betrifft, dass wir einfach Bescheid wissen (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

12) Nahverkehrs-drehscheibe Bahnhof

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Frage dreht sich um die gegenwärtige Verkehrssituation am Bahnhof, natürlich bedingt durch die im Bau befindliche Nahverkehrs-drehscheibe. Es gibt viele Bemerkungen und auch Beschwerden, dass vor allem das Zubringen und auch das Abholen von Reisenden mit teilweise auch sehr schwerem Gepäck fast verunmöglicht ist und die Erreichbarkeit des Hauptbahnhofes auch eben für private Kfz zu diesem Zwecke eben zu wünschen übrig lässt und aus unserer Sicht aber trotzdem gewährleistet sein sollte.

Meine

F r a g e

deshalb: Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit kurzfristige Verbesserungen vorzunehmen, um die Erreichbarkeit des Hauptbahnhofes sowie die Anhaltemöglichkeiten vor dem Hauptbahnhof bereits während der noch nicht abgeschlossenen Bauarbeiten merklich zu verbessern (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich habe die mediale Aufregung rund um die letzten Maßnahmen natürlich wahrgenommen. Interessanterweise gibt es bei dieser Riesenbaustelle im Verhältnis wenig Beschwerden und deswegen sehe ich es im Gesamten einmal sehr gut abgewickelt und ich möchte noch einmal nachfragen, wenn Sie von Erreichbarkeit sprechen, sprechen Sie dann von Erreichbarkeit für alle oder von Erreichbarkeit mit dem Kfz, weil wir oft Erreichbarkeit als Begriff in der Diskussion haben und ich habe manchmal den Eindruck, es geht nur

um die Erreichbarkeit mit dem Kfz, obwohl über 55 % der Menschen in Graz auch anders unterwegs sind. Sie meinen die Erreichbarkeit mit dem Auto?

GR. Mag. **Sippel**: Vor allem zum Zubringen und zum Abholen von Reisenden mit teilweise schwerem Gepäck, um das geht es hauptsächlich natürlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Gut, ich sage Ihnen ganz kurz, was der aktuelle Stand ist. Es hat ja mit 1. Februar 2012 eine weitere Baufelderweiterung eben gegeben, weil die Überdachung jetzt errichtet wird und damit mussten wir ein neues Verkehrs- und Parkplatzkonzept umsetzen, das, wie gesagt, bis zum nächsten Bauabschnitt, der der letzte sein wird, so gilt. Der Kfz-Verkehr wird im Uhrzeigersinn über die Kreuzung Gürtel – Keplerstraße, Busse, Lkw und Taxis gegen den Uhrzeigersinn geführt. Das konnten wir aus den beengten Gründen nicht anders machen. Zu den Stellplätzen, die alle immer sehr bewegen: Es befinden sich momentan in fußläufiger Entfernung zum Bahnhof 904 Stellplätze, wenn man alle Tiefgaragen, die dort nicht ausgelastet sind, auch jetzt nicht ausgelastet sind, obwohl es teilweise dort sehr günstige Angebote bis hin zu einem Euro in der Stunde gibt, gibt es 904 statt vorher 932 Parkplätzen. Dass es am Sonntag, wenn im Spar eingekauft wird, dort zu einer zusätzlichen Belastung kommt, ist etwas, was allen bekannt ist, aber keine Frage der Baustelle, sondern eine Frage, ob diese Einkaufstätigkeit in dieser Intensität mit dem Auto zu absolvieren ist, da kann man drüber streiten. Die Anzahl der Behindertenstellplätze, das waren drei, das sind weiterhin drei und auch die drei Kiss-and-Ride-Parkplätze, das ist genau das, was Sie meinen, dass Leute hingebacht werden, abgeholt werden, sind auch beibehalten worden in der gleichen Anzahl und auch die Ladeflächen, das waren sechs Stück, sind auch beibehalten worden. Natürlich ist es so, dass diese Baustelle eine bewegende Situation ist, dass sich das verändert, ich weiß, dass viele Menschen momentan auch damit kämpfen, dass die Umwege zu Bus und Bim größer sind, wir

hoffen, dass, wenn wir im Zeitplan sind, was wir sind, die Situation möglichst bald besser ist und am Ende, dafür dient ja die Baustelle, optimal gelöst sein wird und auch dann, denke ich mir, werden wir genau für Kiss-and-Ride, das heißt für die Möglichkeit zu bringen und zu holen und für Taxi etc. weiterhin sorgen und für eine optimale, auch trockene Erschließung des öffentlichen Verkehrs, was hier auch ein zusätzlicher Nutzen sein wird durch diese Riesendachkonstruktion, damit die Leute nicht im Regen diesen Weg absolvieren müssen.